

ARBEITSBEREICH

VORLAGEN, CHECKLISTEN UND LEITFÄDEN FÜR IHRE PRAKTISCHE ARBEIT.

LEITFRAGEN ZUM AUFBAU UND ZUR WEITERENTWICKLUNG EINER INTEGRIERTEN PLANUNG UNTER EINBEZIEHUNG DER DKBM-KERNKOMPONENTEN

Um eine integrierte Planung aufzubauen bzw. einen bereits vorhandenen integrierten Planungsansatz weiterzuentwickeln ist es sinnvoll, bereits existierende DKBM-Strukturen in Hinblick auf ihr Steuerungspotenzial zu nutzen bzw. – sofern noch nicht vorhanden – DKBM-Strukturen zu etablieren. Die folgende Tabelle kann dabei genutzt werden zu reflektieren, welche struktu-

rellen und organisatorischen Voraussetzungen in den einzelnen DKBM-Kernkomponenten (vgl. Euler et al. 2018; Sloane 2020) bereits vorliegen. In einem nächsten Schritt können diese Voraussetzungen dann sukzessive für eine integrierte Planung genutzt und z. B. durch ein Bildungsbüro, die Bildungsregion oder eine fachübergreifende Arbeitsgruppe weiter ausgebaut werden.

| |
|--|
| 1. Strategische Ziele |
| <p>Die strategischen Ziele, d.h. die Definition der Bildungsziele, führt im Idealfall zu einer systematischen Entwicklungsplanung, welche im Rahmen einer kohärenten Bildungsstrategie in der gesamten Kommune umgesetzt wird. Dabei bietet es sich an, das Ziel einer integrierten Planung und die darin enthaltenen strategischen Handlungsempfehlungen und die Eruiierung (neuer) Bedarfe und Themenschwerpunkte mit in die zukünftigen strategischen Ziele der Kommune aufzunehmen.</p> <p>Leitfragen für den Auf- und Ausbau einer integrierten Planung im Sinne der strategischen Ziele:</p> <ul style="list-style-type: none">■ Bestehen bereits Ziele oder Leitbilder im Rahmen des DKBM, in denen der Ansatz der integrierten Planung mit aufgenommen werden kann?■ Werden Ergebnisse aus dem Bildungsmonitoring in Form von Handlungsempfehlungen wie auch Anliegen interner und externer Gremien in politische und strategische Entscheidungen mit aufgenommen? |
| 2. Datenbasierung |
| <p>Durch die Datenbasierung werden Bildungsdaten für ein kommunales Bildungsmonitoring systematisch und kontinuierlich erhoben, ausgewertet und zur Verfügung gestellt. Darauf aufbauend fokussiert eine integrierte Planung auf eine ganzheitliche Berichterstattung und eine Identifikation von Sozial- und Planungsräumen auf der Grundlage verschiedener Indikatoren und kleinräumiger Analysen. Eine entscheidende Gelingensbedingung stellt hierbei insbesondere die Kooperation der verschiedenen Fachplaner/-innen und Monitoringstellen dar.</p> <p>Leitfragen für den Auf- und Ausbau einer integrierten Planung im Sinne der Datenbasierung:</p> <ul style="list-style-type: none">■ Inwieweit arbeiten die kommunalen Monitoringstellen (Schulentwicklungsplanung, Jugendhilfeplanung, Bildungsmonitoring, Sozialplanung etc.) bereits zusammen?■ Inwieweit ist der Datenaustausch mit den Gemeinden bzw. Samtgemeinden bereits gewährleistet?■ Sind bereits Bildungs- oder auch Integrationsberichte mit integrierten Daten vorhanden?■ Inwieweit werden Daten und Berichte an interne und externe Gremien weitergegeben und diskutiert? |
| 3. Interne Kooperation |
| <p>Im Rahmen des DKBM werden interne Gremien für eine Verbesserung der internen Kooperation aufgebaut. Hieran kann eine integrierte Planung anknüpfen, indem ein bereits vorhandenes Gremium in diesem Sinne ausgebaut bzw. ein mit entsprechenden Befugnissen ausgestattetes internes Gremium implementiert wird. Wichtig ist es dabei, sowohl die Ziele des Gremiums wie auch die beschlossenen Maßnahmen und die erreichten Wirkungen in regelmäßigen Abständen im Sinne des Qualitätsmanagements einer Evaluation und ggf. notwendigen Neuausrichtung zu unterziehen.</p> <p>Leitfragen für den Auf- und Ausbau einer integrierten Planung im Sinne der internen Kooperation:</p> <ul style="list-style-type: none">■ Welche internen Gremien (z.B. Arbeitskreise, Steuerkreise oder Lenkungsgruppen) sind bereits etabliert, die im Bildungsbereich themen- und handlungsspezifisch zusammenarbeiten?■ Verläuft die Zusammenarbeit eher strukturell-verankert und routiniert oder eher situativ „auf Zuruf“?■ Wird die bisherige interne Zusammenarbeit über Gremien als sinnhaft und zielorientiert empfunden und sind Schnittstellen zwischen den einzelnen Fachbereichen definiert?■ Inwieweit wird die Zusammenarbeit mit externen Gremien definiert und umgesetzt?■ Werden die Qualität der Zusammenarbeit und die Zielerreichung im Sinne des Qualitätsmanagements regelmäßig überprüft? |

4. Externe Kooperation

Zur Erhöhung der externen Kooperation werden Gremien aufgebaut, die sowohl von internen als auch von externen Akteuren – z. B. Bürgermeister/-innen kreisangehöriger Gemeinden, Schulleitungen, Stiftungen – besetzt werden. So werden der gegenseitige Informationsfluss gefördert und die Zusammenarbeit qualitativ und quantitativ verbessert. Für eine integrierte Planung kann darüber nachgedacht werden, inwieweit ein Kern ständiger Mitglieder durch das Hinzuziehen weiterer Akteursgruppen jeweils flexibel themen- und handlungsspezifisch ergänzt werden könnte.

Leitfragen für den Auf- und Ausbau einer integrierten Planung im Sinne der externen Kooperation:

- Inwieweit werden externe Akteure (z. B. Vertretungen politischer Gremien, Bürgermeister/-innen kreisangehöriger Gemeinden, Schulleitungen, externe Bildungsträger, Stiftungen) in interne Verwaltungsprozesse einbezogen?
- Inwieweit sind Gremien (z. B. Arbeitskreise, Steuerkreise oder Lenkungsgruppen) vorhanden, die an Zielerreichungen und Maßnahmen mitwirken?

5. Koordination

Eine zielgerichtete und effektive Koordination ist für die Etablierung ebenso wie für den Ausbau von DKBM-Strukturen essenziell. Dies gilt auch für die integrierte Planung. Aus diesem Grund kommt der Koordination als Gelingensbedingung für eine erfolgreiche Zusammenarbeit der verschiedenen Fachbereiche bzw. Fachplaner/-innen eine Schlüsselrolle zu. Die Verantwortung für die Koordination der Prozesse sollte personell klar geregelt und beständig sein, um diese komplexe Aufgabe dauerhaft und im Sinne aller Beteiligten erfüllen zu können.

Leitfragen für den Auf- und Ausbau einer integrierten Planung im Sinne der Koordination:

- Wie wird die Zusammenarbeit mit internen und externen Akteuren zur Erreichung der kommunalen Ziele im datenbasierten kommunalen Bildungsmanagement organisiert? Lässt sich diese Zusammenarbeit auch auf die integrierte Planung übertragen bzw. hierfür ausbauen?
- Inwieweit besitzt die koordinierende Stelle einen Überblick über die Arbeit der internen und externen Akteure in den verschiedenen Gremien? Wird dieses Wissen transparent geteilt und ist für alle verfügbar? Werden Parallelstrukturen nach Möglichkeit vermieden? Kann die koordinierende Stelle im DKBM auch als zentrale Schnittstelle für eine integrierte Planung fungieren?

6. Qualitätsmanagement

Die sechste DKBM-Kernkomponente des Qualitätsmanagements zielt darauf ab, wie Qualitätsziele überprüft und Verbesserungsprozesse angeregt werden können. Die Einführung eines langfristigen Qualitätsmanagements zur Überprüfung der selbst gewählten Ziele und hierfür implementierter Maßnahmen ist für alle DKBM-Kernkomponenten wie auch für eine integrierte Planung relevant.

Leitfragen für den Auf- und Ausbau einer integrierten Planung im Sinne des Qualitätsmanagements:

- Wie werden Qualitätsziele überprüft und Verbesserungsprozesse angeregt?
- Inwieweit ist bereits ein Qualitätsmanagement vorhanden, dass die Überprüfung von Maßnahmen gewährleistet? Inwieweit besteht ein Qualitätsmanagement für DKBM? Kann dieses Qualitätsmanagement auf die integrierte Planung übertragen werden?
- Findet ein dialogischer Aushandlungsprozess zwischen den verschiedenen Akteuren in der Kommune darüber statt, wie Qualität kontinuierlich weiterentwickelt und in ihrer Wirkung gemessen werden soll? Kann dieser bereits bestehende Aushandlungsprozess auch für eine integrierte Planung genutzt werden?

7. Öffentlicher Diskurs

Unter dem „Öffentlichen Diskurs“ wird im DKBM zum einen die Information der kommunalen Bevölkerungsgruppen über für sie relevante lokale Bildungsthemen verstanden und zum anderen die Bereitschaft, Anliegen und Anfragen aus der Bevölkerung dialogisch zu verarbeiten und ggf. in die eigene Bildungsagenda mit aufzunehmen. Diesbezüglich zeigt sich ganz im Sinne des DKBM eine zunehmende Öffnung von Verwaltung im Hinblick auf die Vorstellung von Bildungsberichten und die Organisation von sogenannten Bildungs- oder Zukunftskonferenzen. Diese Haltung kann auf den Ansatz der integrierten Planung übertragen werden und findet sich dort insbesondere auch als Idee einer partizipativen Beteiligung der Bevölkerung wieder. ▶▶▶

Leitfragen für den Auf- und Ausbau einer integrierten Planung im Sinne des öffentlichen Diskurses:

- Inwieweit wird die Öffentlichkeit über Bildungsberichte und Bildungsmaßnahmen, z. B. in Form von Bildungskonferenzen, informiert? Inwieweit besteht bereits ein Dialog mit kommunalen Bevölkerungsgruppen? Werden Anliegen und Bedarfe aus der Zivilgesellschaft in die Bildungsplanung mit aufgenommen und inwieweit ist dies auch für eine integrierte Planung möglich?
- Kinder und Jugendliche besitzen gemäß § 36 NKomVG das Recht, bei Planungen und Vorhaben, die ihre Interessen berühren, in angemessener Weise beteiligt zu werden. Inwieweit wird dies bereits umgesetzt?
- Inwieweit können Kinder und Jugendliche in eine integrierte Planung mit einbezogen werden?

Literatur:

- Euler, Dieter, Peter F.E. Sloane, Michèle Collenberg, Desiree Daniel, Elmar A. Jansse, Tobias Jenert, Karin Meier, Ilka Menke und Helmut Schröder (2018): Innovationsförderung durch Transferagenturen. Erfahrungen im Aufbau von Transferagenturen zur Förderung eines datenbasierten kommunalen Bildungsmanagements. In: Euler, Dieter und Peter F. E. Sloane, Peter [Hrsg.]: Wirtschaftspädagogisches Forum, Band 62, Detmold.
- Sloane, Peter F. E. (2020): Quintessenz: Was bringt Qualitätsmanagement im DKBM? Mehrwerte auf einen Blick. In: Transferagentur Kommunales Bildungsmanagement Niedersachsen [Hrsg.]: TRANSFERkompass Niedersachsen, Magazin der Transferagentur, Thema: Qualität im DKBM, S. 20 – 21.